

PROJEKT

Aktivierung von Zivilgesellschaft In der Sozialen Stadt

Dokumentation der Fachkonferenz
„Bürgerschaftliche Netzwerke stärken. Gemeinwesenarbeit
als Handlungsprinzip der sozialen Stadtentwicklung“



**Berlin, Nachbarschaftshaus Urbanstraße
17.-18. September 2009**

Die Dokumentation ist online unter www.bagsozialestadtentwicklung.de
eingestellt.

Modellprojekt

in der Initiative „Nationale Stadtentwicklungspolitik“ des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS)



**Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Soziale Stadtentwicklung
und Gemeinwesenarbeit e.V.**
Transferstelle
Stiftstr. 15
30159 Hannover
www.bagsozialestadtentwicklung.de

Aktivierung von Zivilgesellschaft in der Sozialen Stadt

Wissenstransfer zur Stärkung von zivilgesellschaftlichen Netzwerken und bürgerschaftlichem Engagement zur nachhaltigen Sicherung sozialer Entwicklungspolitik in benachteiligten Quartieren

Ein Modellprojekt der Initiative „Nationale Stadtentwicklungspolitik“ des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS)

Gefördert durch das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)

BAG Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit e.V., Hannover
www.bagsozialestadtentwicklung.de

Mit den Projektpartnern:

Diakonisches Werk der EKD e.V., Servicestelle Soziale Stadt, Zentrum Familie, Integration, Bildung, Armut (FIBA), Berlin

Diakonisches Werk Bayern, Nürnberg

Diakonisches Werk Worms-Alzey, Worms (Einrichtung des DW in Hessen und Nassau e.V.)

Johann Daniel Lawaetz-Stiftung, Hamburg

Kindervereinigung e.V., Gera

LAG Sachsen Quartiersmanagement und Gemeinwesenarbeit e.V., Freiberg

LAG Soziale Brennpunkte Niedersachsen e.V., Hannover

Stiftung Mitarbeit, Bonn

Organisation der Fachkonferenz:

Monika Neumaier, BAG-Transferstelle

Catering:

Kochkunst im Nachbarschaftshaus Urbanstraße

Bildnachweis:

Lex Faber, die raumplaner

Petra Potz, location³

Redaktionelle Bearbeitung:

Dr. Petra Potz, BAG-Transferstelle: potz@location3.de

Hannover, Oktober 2009

Die BAG-Fachkonferenz	4
Programm	4
Zur Veranstaltung	6
Die Beiträge	8
Positionen der BAG - Zur Rolle von Gemeinwesenarbeit in der Sozialen Stadt	8
Einordnung in den lokalen Kontext - Zur Rolle von Gemeinwesenarbeit in der Sozialen Stadt	10
Nationale Stadtentwicklungspolitik	10
„Suchet der Stadt Bestes“ - Kirchen und Wohlfahrtsverbände in der Stadtentwicklung	11
Aktivierung von Zivilgesellschaft in der Sozialen Stadt: ein anderer Blick und mögliche Konsequenzen	11
Brücken bauen in den Stadtteilen. Lokale Praxis präsentiert sich – Projekte vor Ort und Einordnung der Befunde	11
Wer organisiert das Gemeinwesen?	14
Das Memorandum „Zivilgesellschaftliche Netzwerke in der Sozialen Stadt“	15
Workshops zu den vier Handlungsfeldern	15
Aktivierung von zivilgesellschaftlichem Engagement - wie sieht es zukünftig aus?	20
Liste der Referent/innen und aktiv Beteiligten.....	23

Die BAG-Fachkonferenz

Programm



Bürgerschaftliche Netzwerke stärken.

Gemeinwesenarbeit als Handlungsprinzip der Sozialen Stadtentwicklung

Nachbarschaftshaus Urbanstraße, Berlin-Kreuzberg

Donnerstag, 17. September 2009

- 13.00 Uhr** **Begrüßung und Einführung - Zur Rolle von Gemeinwesenarbeit in der Sozialen Stadt**
Einordnung in den lokalen Kontext *Markus Runge*, Nachbarschaftshaus Urbanstraße
Positionen der BAG *Reinhard Thies*, Vorsitzender BAG
- 14.00 Uhr** **Nationale Stadtentwicklungspolitik** *Tilman Buchholz*, BMVBS
- 14.30 Uhr** **„Suchet der Stadt Bestes“ - Kirchen und Wohlfahrtsverbände in der Stadtentwicklung**
Walter Merz, Diakonisches Werk der EKD e.V.
- 15.00 Uhr** **Kaffeepause**
- 15.30 Uhr** **Aktivierung von Zivilgesellschaft in der Sozialen Stadt: ein anderer Blick und mögliche Konsequenzen** *Prof. Dr. Adalbert Evers*, Universität Gießen
- 16.00 Uhr** **Brücken bauen in den Stadtteilen. Lokale Praxis präsentiert sich: Projekte vor Ort und Einordnung der Befunde** *Heike Binne*, Bremen; *Tobias Habermann*, Leipzig; *Christina Hey*, LAG Hessen; *Jürgen Schöberlein*, Hof
- ab 18:00 Uhr** **Gelegenheit zur weiteren Vernetzung am Büffet**



Freitag, 18. September 2009

- 09.00 Uhr** **Wer organisiert das Gemeinwesen?** *Dr. Oliver Fehren, ISSAB, Universität Duisburg-Essen*
- 09.30 Uhr** **Vorstellung des Memorandums „Zivilgesellschaftliche Netzwerke in der Sozialen Stadt“**
Dr. Petra Potz, BAG-Transferstelle / location³, Berlin
- 10.00 Uhr** **Parallele Workshops**
- 1. Bürgernetzwerke in ihrer Vielfalt stärken.** Moderation: *Chris Ludwig, baff e.V. Ludwigshafen*, Bericht: *Jürgen Maier, Worms*
 - 2. Gemeinwesen in Politik und Verwaltung verankern.** Moderation: *Margarete Meyer, Städtenetz Soziale Stadt NRW, Essen*, Bericht: *Frederick Groeger-Roth, Hannover*
 - 3. Wirtschaft für das Gemeinwesen gewinnen.** Moderation: *Dr. Peter Szyuka, FOCO e.V., Oldenburg*, Bericht: *Tobias Habermann, Leipzig*
 - 4. Dem Gemeinwesen eine Stimme geben.** Moderation: *Eva Maria Antz, Stiftung Mitarbeit, Bonn*, Bericht: *Uwe Lummitsch, Wolfen*
- 11.30 Uhr** **Kaffeepause**
- 12.00 Uhr** **Aktivierung von zivilgesellschaftlichem Engagement - wie sieht es zukünftig aus?**
Ergebnisse aus den Workshops und Stellungnahmen von:
- *Martina Kocks, BBSR, Bonn*
 - *Prof. Klaus Wermker, Deutscher Städtetag / Stadt Essen*
 - *Theresia Wunderlich, Deutscher Caritasverband, Freiburg*
 - *Dr. Frank Jost, vhw, Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V., Berlin*
 - *Margurit Assmann, Mitglied im Beirat Soziale Stadt Frankfurt-Unterriederbach*
 - *Reinhard Thies, BAG Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit e.V.*
- 14.00 Uhr** **Abschlussimbiss**
- Gesamtmoderation:** *Sabine Slapa, die raumplaner, Berlin*

Zur Veranstaltung

Mobilisierung und Beteiligung lokaler zivilgesellschaftlicher Netzwerke sind unabdingbare Voraussetzung für integrierte Entwicklungskonzepte in der Sozialen Stadt. Sozialraumorientierung, die vielfältigen Formen der Partizipation und die Potenziale der örtlichen Akteure müssen gefördert und gestärkt werden.

Die besonderen Schwierigkeiten, unter den Bedingungen in benachteiligten Stadtquartieren Bevölkerungsgruppen zu aktivieren, die wenig Engagementerfahrung mitbringen, stehen dabei im Mittelpunkt. Hier werden differenzierte aktivierende und identifikationsfördernde Strategien, Verfahren und Projekte notwendig. Denn: Zivilgesellschaft wird als integrativer Bestandteil und Ressource der Stadtentwicklung an Bedeutung zunehmen.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit e.V., ist ein bundesweites Netzwerk aus Landesarbeitsgemeinschaften und versteht sich als Lobby für Gemeinwesenarbeit in einer sozialen Stadt- und Stadtteilentwicklung.

Sie bringt langjährige Erfahrungen und Gemeinwesenkompetenz bei der Bürgerbeteiligung und -aktivierung ein und sieht „Soziale Stadt“ als neuen umfassenden Politikansatz und standardsetzend für integriertes



deln. Die Nachhaltigkeit und Verstetigung der Sozialen Stadt über die aktuellen Förderkulissen hinaus in Regelstrukturen einzubeziehen und weiterzuentwickeln sieht die BAG als zentrale Aufgabe.

In der BAG sind Netzwerke aus Soziale Stadt-Quartieren und vergleichbaren Stadt- bzw. Gemeindegebieten in den 16 Bundesländern organisiert, die die spezifischen zentralen der Gemeinwesenarbeit in die integrierte einbringen.

Die BAG hat das Modellprojekt „Aktivierung von Zivilgesellschaft in der Sozialen Stadt“ durchgeführt. Die Mitglieder der BAG haben bundesweit gute Beispiele für zivilgesellschaftliches Engagement und sich darüber als Landesnetzwerke und -arbeitsgemeinschaften gestärkt und aktiviert.

Die Beispiele zeigen, dass Kommunikation, Dialog und die Schaffung von Öffentlichkeit wichtige Elemente einer integrierten Stadtteilentwicklung sind: Räume und Orte für öffentliche Debatte und Dialog fördern die Stärkung demokratischer Öffentlichkeit. Sie führen zu mehr Aufmerksamkeit der Akteure für einander und zu einer fairen „zivilen“ Einandersetzung auf einer Augenhöhe. (Fotos: Faber)



Eigenständigkeit, Vielfalt, Vernetzung und Einbindung randständiger Gruppen mit ihren Selbsthilfekräften zu stärken und damit auch (interkulturelle) Integrationsfähigkeit zu fördern bedeutet einen auch zukünftig hohen Anspruch an die Unterstützung von Teilhabe, Bildung und Qualifizierung der Bewohnerschaft durch Gemeinwesenarbeit.



Die Befunde und Handlungsempfehlungen aus den Ansätzen guter zivilgesellschaftlicher Praxis vor Ort sind in ein Memorandum eingeflossen. Dieses wird als Beitrag zur Debatte zur Weiterentwicklung der Sozialen Stadt vorgestellt und soll gemeinsam mit vielen Akteuren der integrierten Stadtteilentwicklung diskutiert werden.

Mit dieser Dokumentation liegen die wesentlichen Beiträge und Diskussionen der Fachkonferenz „Bürgerschaftliche Netzwerke stärken“ am 17. und 18. September 2009 in Berlin zusammengefasst vor.

Die Beiträge

Positionen der BAG - Zur Rolle von Gemeinwesenarbeit in der Sozialen Stadt

Die Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit e.V. hat sich 2002 als bundesweites Netzwerk v.a. aus Landesarbeitsgemeinschaften von Praktikern der Stadtteilarbeit konstituiert und versteht sich als Lobby für Gemeinwesenarbeit in der sozialen Stadt- und Stadtteilentwicklung. Sie hat sich aus einem Zusammenschluss von Landesnetzen der Arbeit in Sozialen Brennpunkten in den 1970er Jahren weiter entwickelt. In der BAG sind Netzwerke aus Soziale-Stadt-Quartieren und vergleichbaren Stadt- bzw. Gemeindegebieten in den 16 Bundesländern organisiert, die die spezifischen Kompetenzen der Gemeinwesenarbeit in die integrierte Stadtentwicklung einbringen. Gemeinwesenarbeit wird dabei nicht als Aufgabe einer einzelnen Profession betrachtet, sondern als umfassendes Arbeitsprinzip verstanden.



Bereits in den programmatischen Überlegungen, die zur Gründung der BAG führten, wurde die Aktivierung bürgerschaftlichen Engagements als essentiell betont. Die Mitwirkung von Bewohnerinitiativen, die Unterstützung von Vereinen und anderem ehrenamtlichen Engagement ist ein unabdingbarer Bestandteil zielgerichteter Entwicklung. Einzelne Maßnahmen und angebotene Projekte reichen nicht aus, um die sozialen Verhältnisse, das nachbarschaftliche Zusammenleben im Stadtteil sowie gesellschaftliche Teilhabe nachhaltig zu verbessern. Zur Stärkung der Möglichkeiten zur Teilhabe an solchen Entscheidungsprozessen bedarf es verbindlicher Formen und Strukturen der Mitwirkung der Bevölkerung (BAG, Positionspapier zur Sozialen Stadt, Gelnhausen, 30.03.2004).

Zur Entwicklung von Kooperationen bedarf es der Profilierung der Rolle und der Aufgaben der Gemeinwesenarbeit in einem bürgerorientierten Quartiers- und Stadtteilmanagement. Vorhandene und bewährte Ansätze von Gemeinwesenarbeit, Nachbarschaftsentwicklung, stadtteilorientierter Sozialer Arbeit sind dafür geeignete Anknüpfungspunkte und sind im Sinne einer nachhaltigen Stadtteilentwicklung weiterzuentwickeln. Die BAG versteht sich als fachpolitische Lobby für sozialraumbezogene Netzwerke, für Bürgerbeteiligung und -aktivierung. Besondere Bedeutung haben dabei Dritt-Sektor-Akteure. Die BAG fördert damit zugleich das interkulturelle Zusammenleben und das Angebot von lokaler lebensweltorientierter Qualifikation und Beschäftigung.

Das BAG-Netzwerk verfügt über langjährige Erfahrungen und Kompetenzen in der Gemeinwesenarbeit und sieht „Soziale Stadt“ als neuen umfassenden Politikansatz, der verbindliche Standards für integriertes Handeln setzt. Die Nachhaltigkeit und Verstetigung der Sozialen Stadt über die aktuellen Förderkulissen hinaus – durch die Einbeziehung in Regelstrukturen – sieht die Bundesarbeitsgemeinschaft als zentrale Aufgabe.

Gemeinwesenarbeit als fachlicher Ansatz geht weit über hinaus neben den fall- und gruppenbezogenen Ansätzen die „dritte Säule“ der Sozialen Arbeit zu sein. Die Geschichte der Gemeinwesenarbeit ist geprägt durch vielfältige mehr oder weniger unterscheidbare Handlungsansätze und damit unterschiedliche Definitionen. Die Entwicklung läuft aber zunehmend auf einen Kanon gemeinsamer Grundlagen hinaus.



Reinhard Thies, Vorsitzender der BAG Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit e.V. / Diakonisches Werk der EKD e.V. (Foto: Potz)

Konsens unter den Beteiligten dürfte demnach bei der Definition von Gemeinwesenarbeit im Sinne eines Arbeitsprinzips von Hinte/Oelschlägel¹ herrschen: „Gemeinwesenarbeit (GWA) ist eine sozialräumliche Strategie, die sich ganzheitlich auf den Stadtteil und nicht pädagogisch auf einzelne Individuen richtet. Sie arbeitet mit den Ressourcen des Stadtteils und seiner Bewohner, um seine Defizite aufzuheben. Damit verändert sie dann allerdings auch die Lebensverhältnisse seiner BewohnerInnen“.

Auch die von denselben Autoren formulierten Leitstandards dürften nach Einschätzung der meisten Fachleute die wesentlichen Merkmale der Gemeinwesenarbeit enthalten:

- Zielgruppenübergreifendes Handeln
- Orientierung an den Bedürfnissen und Themen der Menschen
- Förderung der Selbstorganisation und der Selbsthilfekräfte
- Nutzung der vorhandenen Ressourcen
- Verbesserung der materiellen Situation und der infrastrukturellen Bedingungen
- Verbesserung der immateriellen Faktoren
- Ressortübergreifendes Handeln
- Vernetzung und Kooperation.

Ziel der Gemeinwesenarbeit mit Hilfe einer Reihe von Aktivierungsformen ist die „Grundmobilisierung“ eines Wohnquartiers, die den ‚Humus‘ für größere Einzelprojekte bildet. Gemeinwesenarbeit kooperiert mit intermediären Akteuren und Gebietsbeauftragten innerhalb der Verwaltung, um ‚benachteiligte‘ Quartiere im Sinne der dort lebenden Bevölkerung zu gestalten“².

¹ Hinte,W./Lüttringhaus,M./Oelschlägel,D. 2007: Grundlagen und Standards der Gemeinwesenarbeit. Ein Reader zu Entwicklungslinien und Perspektiven. Weinheim, München

² Hinte, W. 2007: Gemeinwesenarbeit. In: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. (Hg.): Fachlexikon der Sozialen Arbeit. Baden-Baden, S. 380

Die Ausgangslage vor Ort in den Quartieren hat sich in den zurückliegenden Jahren und Jahrzehnten durch sozioökonomische Rahmenbedingungen wie den demografischen Wandel, Migration etc. verändert, weshalb sich Gemeinwesenarbeit auf neue Herausforderungen einstellen muss.

Einordnung in den lokalen Kontext - Zur Rolle von Gemeinwesenarbeit in der Sozialen Stadt



Markus Runge, stellvertretender Geschäftsführer Nachbarschaftshaus Urbanstraße, Berlin (Foto: Potz)

Dokument: BAG-Konferenz-09-2009-Runge-Nachbarschaftshaus.pdf

Nationale Stadtentwicklungspolitik



Tilman Buchholz, Referat Grundsatzangelegenheiten der Stadtentwicklung, Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung BMVBS, Berlin (Foto: Potz)

Dokument: BAG-Konferenz-09-2009-Buchholz-BMVBS.pdf

„Suchet der Stadt Bestes“ - Kirchen und Wohlfahrtsverbände in der Stadtentwicklung



Walter Merz, Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche Deutschland e.V., Berlin (Foto: Potz)

Dokument: BAG-Konferenz-09-2009-Merz-Diakonie.pdf

Aktivierung von Zivilgesellschaft in der Sozialen Stadt: ein anderer Blick und mögliche Konsequenzen



Prof. Dr. Adalbert Evers, Professur für Vergleichende Gesundheits- und Sozialpolitik, Justus-Liebig-Universität Gießen (Foto: Faber)

Dokument: BAG-Konferenz-09-2009-Evers-UniGiessen.pdf

Brücken bauen in den Stadtteilen. Lokale Praxis präsentiert sich – Projekte vor Ort und Einordnung der Befunde

Wichtiger Bestandteil der Konferenz war die Vorstellung und Auseinandersetzung mit der erkenntnisreichen Praxis vor Ort, die Ansätze mit unterschiedlichen Schwerpunkten und Fragestellungen vor Ort aufzeigen. Dazu wurden vier Vertreter/innen eingeladen, die beispielhaft ihre konkreten Erfahrungen vorstellten und im Dialog miteinander ihre Erkenntnisse austauschten.



Jürgen Schöberlein, Heike Binne, Sabine Slapa (Moderation), Tobias Habermann, Christina Hey (Fotos: Potz)

Vorge stellt und diskutiert wurden vier ausgewählte Projekte, die auch in einer Kurzbeschreibung verfügbar sind.

Dokument: BAG-Konferenz-09-2009-projektbeispiele.pdf

„Quartiersbetrieb – Bürgerarbeit – Selbstlernwerkstatt“ in Hof, Bayern (Jürgen Schöberlein, Diakonie Hochfranken Erwachsenenhilfe GmbH, Hof)



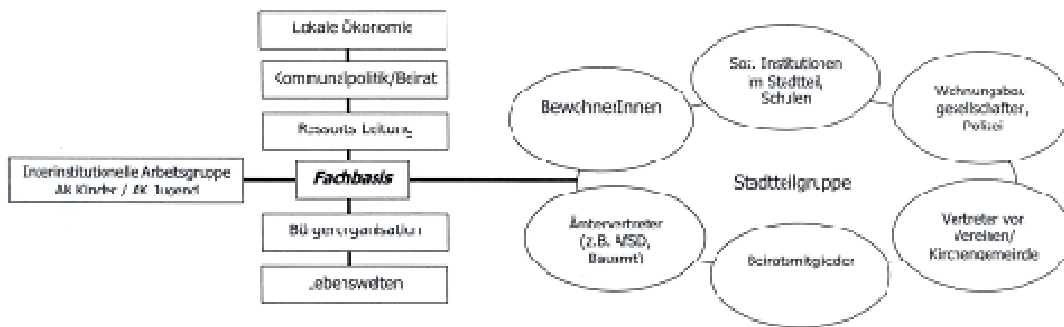
Dokumente: **BAG-Konferenz-09-2009-Schöberlein-Quartiersbetrieb-Hof.pdf**
 BAG-Konferenz-09-2009-Hof-20090520-Auftakt.wmv (Film)

„Beteiligung konkret: das Prinzip der Bremer Stadtteilgruppen/Lokale Foren“ in Bremen
 (Heike Binne, Soziale Stadt- und WiN-Standorte Bremen, Quartiermanagerin Bremen-Lüssum)

Quartiermanagement Bremen

Koordination der Programme: Soziale Stadt,
 Wohnen in Nachbarschaften (WiN),
 Landes-LOS / Stärken vor Ort

Netzwerkarbeit
 Partizipation
 Mittelakquisition



„Nachbarschaftsgärten Lindenau“ in Leipzig (Tobias Habermann, Quartiersmanagement Leipziger Westen)



Blockentwicklung Josephstraße, Lindenauer Stadtteilverein e.V.

Dokument: **BAG-Konferenz-09-2009-Habermann-Nachbarschaftsgärten.pdf**

Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e. V., Frankfurt am Main
(Christina Hey, LAG Hessen)



„Netz-Werk“: Bewohner und Bewohnerinnen wehren sich gegen Einschnitte in das soziale Netz. (Foto: LAG Soziale Brennpunkte Hessen e.V.)

Wer organisiert das Gemeinwesen?



Dr. Oliver Fehren, Institut für Stadtteilentwicklung und Sozialraumorientierte Arbeit und Beratung (ISSAB) der Universität Duisburg-Essen, Essen (Foto: Faber)

Dokument: BAG-Konferenz-09-2009-Fehren-ISSAB.pdf

Das Memorandum „Zivilgesellschaftliche Netzwerke in der Sozialen Stadt“



Dr. Petra Potz, BAG-Transferstelle / location³ Wissenstransfer, Berlin
(Foto: Faber)

Dokument: BAG-Konferenz-09-2009-Potz-Memorandum.pdf

Workshops zu den vier Handlungsfeldern

Berichtersteller fassten die Ergebnisse aus den parallelen Workshops, in denen die vier Handlungsfelder für Aktivierung von Zivilgesellschaft vertieft diskutiert wurden, im anschließenden Plenum zusammen.

1. Bürger/innennetzwerke in ihrer Vielfalt stärken
2. Gemeinwesen in Politik und Verwaltung verankern
3. Wirtschaft für das Gemeinwesen gewinnen
4. Dem Gemeinwesen eine Stimme geben



Berichtersteller: Jürgen Maier (Workshop 1), Frederick Groeger-Roth (WS 2), Uwe Lummitsch (WS 4) und Tobias Habermann (WS 3) (Foto. Potz)

1. **Bürger/innennetzwerke in ihrer Vielfalt stärken.** Moderation: *Chris Ludwig*, baff e.V., Ludwigshafen, Bericht: *Jürgen Maier*, Worms



Jürgen Maier, Berichterstattung aus Workshop 1 (Fotos: Potz)

Situation:

Es gibt vielfältige Akteure vor Ort, die miteinander kooperieren:

Innerhalb der Verwaltung sind das beispielsweise die Jugend- und Sozialverwaltung, die Wirtschaftsförderung, das Kulturamt und das Stadtplanungsamt.

Wichtig ist die Kooperation mit der Politik, Vereinen, Migrantenselbstorganisation, Vertreter/innen von Wohlfahrtsverbänden und Wohnungsbaugesellschaften.

In den Quartieren gibt es unterschiedlich organisierte Bewohnerschaft:

- Beirat im Quartier mit Bewohner/innen
- Quartiersrat / Kiezrat
- Nachbarschaftsverein der Bewohner/innen (e.V.)
- „Stadtteilgemeinde“ als Interessenvertretung des Stadtteils gegenüber Stadt (verfasst)
- Organisation von Gruppen im Stadtteil – Frauen z.B., Kontakte zu Obdachlosen
- Engagiert sind immer die gleichen; Kirchen, Politik, Kita, Schulen.
- Informelle Netzwerke von Bewohner/innen

Auf Landesebene werden landesweite Bewohnertreffen veranstaltet, beispielsweise durch die LAG Hessen und Niedersachsen, die sich als Mittler zwischen Land und Bewohner/innen verstehen.

Wer übernimmt für die Situation die Verantwortung?

Auf Landesebene ist das z.B. die LAG Hessen als Lobby für Standorte.

Auf Quartiersebene ist das Quartiermanagement eine neue „Servicestelle“, kann aber nicht Ersatz für Vorhandenes darstellen. Wichtig ist darauf zu achten, dass es schon vorhandene Strukturen, die bereits „vor der Sozialen Stadt“ da waren, gibt, die aber aufgrund der neuen Strukturen in den Hintergrund treten:

Häufig übernehmen Wohlfahrtsverbände in ihrer Vielfalt und Unterschiedlichkeit die Verantwortung. Sie sollten ihre Dienste stärker im Sinne der Gemeinwesenorientierung aufstellen und ihre Leitbilder diesbezüglich überarbeiten.

Weitere Handlungsbedarfe:

Engagementförderung wird auf allen Ebenen notwendig sein: in den Stadtteilen, den Städten, auf Landes- und Bundesebene. Dabei ist die Organisationsfrage sehr wichtig.

Die Kommunen haben die Verantwortung für die Stadtteile. Deshalb sollten integrierte Handlungs- und Entwicklungskonzepte, die die Ziele definieren, unter Federführung der Stadt, aber in enger Abstimmung mit Bürgerinnen und Bürgern und ihren Organisationen aufgestellt werden.

Wie wird die Vielfalt sicher gestellt? Transparenz und Beteiligung, die auch „QM-unabhängig“ läuft, müssen garantiert werden: Dem Gemeinwesen eine Stimme geben und die Bürgerinnen und Bürger organisieren, z.B. in Form eines „Dachvereins“ oder einer Stadtteilgenossenschaft, die auch Aspekte der lokalen Ökonomie mit einbezieht.

Quartiermanagement muss als Pflicht- und Daueraufgabe installiert werden.

- Es braucht einen langen Atem!
- Es muss für die Leute etwas rauskommen!

2. **Gemeinwesen in Politik und Verwaltung verankern.** Moderation: *Margarete Meyer*, Städtenetz Soziale Stadt NRW, Essen, Bericht: *Frederick Groeger-Roth*, Hannover



Diskussion im Workshop 2 mit Margarete Meyer (Fotos: Faber)

Ausgehend vom Status Quo der Trägerstrukturen wurde deutlich, dass Kriterien oder Standards in Form einer Bestandsaufnahme notwendig sind zur Beurteilung, wie ein bestimmtes Trägermodell Wirkungen in einer bestimmten Richtung entfalten kann:

Personelle Kontinuität ist ein wichtiges Kriterium. Präferenz für Modelle mit Trägern, die vor Ort verankert sind und Kompetenz vor Ort haben, die sich über Vernetzungsarbeit bündeln kann – im Gegensatz zu externen Trägern, die von außen herein kommen müssen

Sind institutionalisierte Räume vor Ort vorhanden, in denen das stattfinden kann? Warum wird die Frage gestellt, wie man Gemeinwesen in Politik und Verwaltung verankert? Muss nicht danach gefragt werden, wie sich Politik und Verwaltung im Gemeinwesen verankern? Was kann Gemeinwesenarbeit als professionelle Tätigkeit dafür tun, um eine größere Nähe von Politik und Verwaltung und einen Zugang zu lebensweltlichen Fragestellungen herzustellen? Strukturen auf Stadtteilebene (Runde Tische, Beiräte unter Einbeziehung von Politik und Verwaltung, die sich dem aussetzen muss) müssen als Forum für das, was an Artikulation aus dem Stadtteil möglich ist, genutzt werden.

Die Rolle der Gemeinwesenarbeit bezüglich der Bürgerartikulation wird deutlicher: es geht nicht darum stellvertretend für Bürger zu formulieren (als Lobby) oder unmittelbar Bürger in Verbindung mit Politik zu bringen, sondern die Voraussetzung einer öffentlichen Plattform im Stadtteil und der Zugänge dafür zu schaffen.

Es gibt auch weitergehende Beispiele: In Oldenburg wurde per Ratsbeschluss Gemeinwesenarbeit als dauerhafte Aufgabe verankert. In Bremen ist die Machtdelegation über entsprechende Ratsbeschlüsse abgesichert.

3. **Wirtschaft für das Gemeinwesen gewinnen.** Moderation: *Dr. Peter Szynka*, FOCO e.V., Oldenburg, Bericht: *Tobias Habermann*, Leipzig



Diskussion im Workshop 3 mit Peter Szynka (Fotos: Faber)

Die Wirtschaft ist ein wichtiger Akteur. Wirtschaft ist in der Gemeinwesenarbeit vor Ort integriert: Kontakte zur lokalen Wirtschaft bestehen häufig, lokale Unternehmen werden in Veranstaltungen eingebunden (Sponsoring) und für Vorhaben werden Personen in Betrieben abgestellt.

In Fragen der Berufsorientierung von Jugendlichen sind die Betriebe vor Ort in Kooperation mit den Schulen wichtige Ansprechpartner für Praktika und Ausbildungsplätze.

Man muss auf die Wirtschaft zugehen, mit den IHKs reden und nach eventuellen gemeinsamen Zielsetzungen und gegenseitiger Hilfe fragen (Beispiel Lüneburg: Kinderbetreuung am Nachmittag wird in Verbund abgedeckt, bei dem auch ein Unternehmen mitmacht – wodurch auch für Beschäftigte ein Vorteil entsteht).

Man darf die Erwartungen an Wirtschaft nicht überstrapazieren, sondern muss sie mit ihren Eigeninteressen realistisch einschätzen. Weitere Akteure neben Einzelhandel kommen aus der Wohnungswirtschaft, wo teilweise Aktivitäten und Personal für die Arbeit in den Stadtteilen bereitgestellt werden.

Das Problem der Filialisierung im Einzelhandel führt dazu, dass es kaum noch Ansprechpartner und Entscheider vor Ort gibt und deren Verantwortung vor Ort kaum wahrgenommen wird. Mit verschiedenen Ansätzen, z.B. Marktplatz-Methode und Stiftungen, können Projekte in den Kommunen weiter unterstützt werden.

4. **Dem Gemeinwesen eine Stimme geben.** Moderation: *Eva Maria Antz*, Stiftung Mitarbeit, Bonn, Bericht: *Uwe Lummitsch*, Wolfen



Eva Maria Antz und Uwe Lummitsch, Moderation und Berichterstattung im Workshop 4 (Fotos: Faber/Potz)

Es gibt viele unterschiedliche Akteure im Gemeinwesen vor Ort, die verschiedene Interessen vertreten. Wie werden die verschiedenen Akteure zu einer Stimme? Der Vielzahl von Stimmen sollte ein Klang verliehen werden, um Unverständlichkeit zu überwinden. Die Bewohner/innen richten ihre Blicke auf den Stadtteil und wollen, dass die Außenperspektive ihren Blick auf den Stadtteil richtet. Die Stimme ist dann ein Instrument, um sich sichtbar zu machen.

Einer Kultur des Mitmachens in Politik, Verwaltung und Gemeinwesen ist notwendig, dabei müssen Bürgerinnen und Bürger das Gefühl haben ernst genommen zu werden und auf einer Augenhöhe zu sein. Deshalb brauchen sie eine Stimme. Um das zu ermöglichen, braucht es Strukturen.

Man muss darauf schauen, welche Gruppen aus welchen Gründen bisher nicht beteiligt sind und akzeptieren, wenn sie sich nicht beteiligen wollen.

Für eine Befähigung zur aktiven Teilhabe braucht man zentrale Räume, aber auch Felder des Experimentes.

An den Standorten der Sozialen Stadt geht es immer um die Pflege von Interessengemeinschaften. Eine Stimme zu haben bedeutet immer auch Interessenartikulation. Dabei ist darauf zu achten, dass allen Interessengruppen eine Stimme gegeben wird. Man muss auf die Interessengruppen / Menschen als Experten zugehen. Dabei geht es nicht nur um die „Problemperspektiven“ in einem Stadtteil, sondern auch um die Ressourcenorientierung - auch in der Artikulation nach außen.

Es geht in der Sozialen Stadt um soziale Interessen, aber auch um die bessere Beteiligung an baulich-planerischen Entwicklungsprojekten.

Vernetzung ist ein wichtiges Thema, aber es braucht vor allem Kontinuität in den Prozessen und „Beziehungsarbeit“ über verlässliche Personen.

Zur Vergewisserung: Gemeinwesenarbeit und Quartiermanagement und Beteiligungsprozesse sind keine Form von Haltung, sondern Nächstenliebe als ein gesellschaftlicher Wert, den man nicht vergessen sollte.

Aktivierung von zivilgesellschaftlichem Engagement - wie sieht es zukünftig aus?

Bei der anschließenden Podiumsdiskussion argumentierten verschiedene Akteure aus ihren jeweiligen Perspektiven, auf Bundes- oder kommunaler Ebene, aber auch aus Sicht der freien Träger, der Wohnungswirtschaft und der Bewohnerschaft. Im einzelnen waren dies: Martina Kocks vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung BBSR Bonn, Prof. Klaus Wermker für den Deutschen Städtetag / Stadt Essen, Theresia Wunderlich vom Deutschen Caritasverband in Freiburg, Dr. Frank Jost vom VHW, dem Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V., Berlin, Margurit Assmann, Mitglied im Beirat Soziale Stadt Frankfurt-Unterliederbach und Reinhard Thies, BAG Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit. Die Diskussion wird hier zusammengefasst.



Klaus Wermker, Margurit Assmann, Martina Kocks, Reinhard Thies, Frank Jost, Theresia Wunderlich
(Fotos: Potz)

Was gelingt bereits und wo besteht weiterer Entwicklungsbedarf?

Soziale Stadtentwicklung braucht die Zivilgesellschaft und die Zivilgesellschaft braucht die Gemeinwesenarbeit. Nur dann lassen sich Strukturen schaffen, die eine gewisse Nachhaltigkeit haben, die effizient sind

und die auch Synergien entfalten können. Dazu gehört erstens eine *vertikale Zusammenarbeit* vom Bürger zum Quartier, zur GWA, zum QM, zur kommunalen Verwaltung und zur Politik, ebenfalls auf Bundes- und Landesebene – ein hoher Anspruch, dem man sich aber stellen sollte. BAG und auch die LAGs sind dafür wichtige Schnittstellen. Die zweite Ebene ist die *breite fachliche Zusammenarbeit*, die die Gemeinwesenarbeit mit ihrer wichtigen Sozialraumorientierung leisten muss. Alle, Kultur, Bildung, Wirtschaft, Soziales, Jugend- und Kinderhilfe, sollten den besonderen Bedingungen im Sozialraum Rechnung tragen.

Integration ist ein essentielles Thema im Kontext der Sozialen Stadt, da dort gegenüber dem gesamtstädtischen Durchschnitt weit höhere Anteile von 50-60 Prozent Migranten erreicht werden. Im schulischen Bereich kann der Wert noch höher liegen. Für eine Verbesserung der lebensweltlichen Bedingungen in benachteiligten Stadtteilen muss man sich dieser Thematik verstärkt stellen.

Die Verzahnung von investiven und sozial-integrativen Mitteln ist in den letzten Jahren ein Stück voran gekommen. Bei der Frage der Verstetigung gibt es weiteren Entwicklungsbedarf. Für eine bessere Wirkungskontrolle ist ein gezieltes Monitoring (Qualitätssicherung, Standards) einzusetzen. Damit lassen sich auch gegenüber dem politischen Bereich qualitative und quantitative Erfolge der eigenen Arbeit messen und vorzeigen.

Die Prozesse der Sozialen Stadt sind eine Chance, aber sehr langfristig und das muss auch auf Bewohner/innenseite erkannt werden. Der Quartiersmanager ist die Schlüsselfigur dafür: er ist der „Zirkusdirektor“ und wenn er das Talent hat, die Menschen so zu nehmen, wie sie sind, kann er viel erreichen. Neben den Ehrenamtlichen werden aber auch die Profis gebraucht. Es muss eine feste Säule in den Kommunen geben, die Stadtteilentwicklung heißt.

Wenn die Ressourcenfrage gestellt wird, wird die geforderte Daueraufgabe in den Kommunen angesichts der Finanzknappheit zu einem Problem. Ohne zusätzliches Geld lassen sich auch Verwaltungen nicht sozialraumorientiert reformieren und aufstellen. In der Übergangsphase ist das teurer, anschließend enthält dies vermutlich auch Einsparpotenziale.

Es wird stärker akzeptiert, dass Bürger/innen mitreden und mitwirken. Die Qualität von Bürgerbeteiligung muss aber noch weiter definiert und entwickelt werden. Und es braucht eine stärkere lokale Arbeitsmarktpolitik, die aufgrund der ständigen Veränderungen bei der Förderlandschaft bisher sehr schwierig ist.

In den Städten gelingt ganz viel. Aber die Verbindung zwischen unterschiedlichen Ressorts auf kommunaler Ebene funktioniert noch nicht immer gut (Sozialgesetzbuch vs. Baugesetzbuch). Man spricht auch mit unterschiedlichen Begrifflichkeiten, die geklärt werden müssen.

Wohlfahrtsverbände in ihrer Komplexität müssen differenzierter betrachtet werden: in einer Balance aus Anwalt, Dienstleister und Solidaritätsstifter. Die Verbindung zwischen diesen drei Systemen, die vor Ort agieren, dem sozialpolitischen Akteur, dem dienstleistenden Akteur und dem zivilgesellschaftlich an die Quartiere Gebundenen, hat jedoch Defizite und läuft oft unzureichend.

Es wird unterschätzt, was in der freien Trägerschaft an Potenzialen vorhanden ist. Diese müssen aber auch daran arbeiten. Und es gibt noch viel zu tun, um stärker zu kooperieren, um zu einem Verbundansatz kommen.

Welche Selbstverpflichtungen ergeben sich daraus für die Akteure?

Die Bewohner und die Quartiere dürfen nicht sich selbst überlassen werden.

Verstetigung geht nur, wenn die Kommune auch unter den finanziell zunehmend schwierigen Bedingungen ein Anliegen darin sieht die Verstetigung zu betreiben und den entsprechenden Stadtteilen Mittel zur Verfügung zu stellen. Die Bildungslandschaft aufzuwerten ist eine Schlüsselstrategie. Das befriedende Element der Gemeinwesenarbeit muss ernst genommen werden. Dann wird auch Verstetigung nicht das gewaltige Thema, wie es sich heute darstellt.

Die sozialräumliche Arbeit muss gefördert werden mit einer verstärkten Koproduktionsleistung aus beruflichem und nicht-beruflichem Hilfesystem.

Der Beirat des BAG-Projektes, der sich konstituiert hat, ist ein trägerübergreifendes Gremium und bildet somit einige Forderungen und Selbstverpflichtungen bereits ab. Er sollte auch weiterhin tagen und genutzt werden und soll eine Plattform für kontroverse Positionen bilden, um Ziele gemeinsam zu erarbeiten.

Qualifizierungsstrukturen sind nötig. Bewohner/innen benötigen Kompetenzen, um sich einbringen zu können. Ausbildung findet häufig nur fallbezogen statt, nicht im sozialräumlichen Kontext. Interdisziplinarität ist erforderlich.



Liste der Referent/innen und aktiv Beteiligten

Name	Institution
<i>Eva-Maria Antz</i>	Stiftung Mitarbeit, Bonn
<i>Margurit Assmann</i>	Mitglied im Beirat Soziale Stadt Frankfurt-Unterliederbach, Frankfurt/M.
<i>Heike Binne</i>	BAG Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit e.V., Bremen
<i>Tilman Buchholz</i>	Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung BMVBS, Berlin
<i>Prof. Dr. Adalbert Evers</i>	Professur für Vergleichende Gesundheits- und Sozialpolitik, Justus-Liebig-Universität Gießen, Gießen
<i>Dr. Oliver Fehren</i>	Institut für Stadtteilentwicklung und Sozialraumorientierte Arbeit und Beratung (ISSAB) der Universität Duisburg-Essen, Essen
<i>Frederick Groeger-Roth</i>	LAG Soziale Brennpunkte Niedersachsen e.V., Hannover
<i>Tobias Habermann</i>	LAG Quartiermanagement Sachsen, Leipzig
<i>Christina Hey</i>	Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e.V. (1. Vorsitzende der LAG), Marburg
<i>Dr. Frank Jost</i>	vhw - Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V., Bundesgeschäftsstelle, Berlin
<i>Martina Kocks</i>	BBSR (Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung) im BBR (Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung); Referat I4 Regionale Strukturpolitik und Städtebauförderung, Bonn
<i>Chris Ludwig</i>	baff e.V. Bildung, Ausbildung, Förderung und Frauenprojekte, Ludwigshafen
<i>Uwe Lummitsch</i>	Lokales Bündnis für Familie in Anhalt-Bitterfeld, Wolfen
<i>Jürgen Maier</i>	Diakonisches Werk Worms-Alzey, Worms
<i>Walter Merz</i>	Diakonisches Werk der EKD e.V., Berlin
<i>Margarete Meyer</i>	Städtenetz Soziale Stadt NRW, Essen
<i>Dr. Petra Potz</i>	location ³ Wissenstransfer, Berlin
<i>Markus Runge</i>	Nachbarschaftshaus Urbanstraße e.V., stellvertretender Geschäftsführer, Berlin
<i>Jürgen Schöberlein</i>	Diakonie Hochfranken, Hof
<i>Sabine Slapa</i>	die raumplaner, Berlin
<i>Dr. Peter Szyuka</i>	Forum Community Organisation (FOCO) e.V. / Diakonisches Werk Oldenburg, Oldenburg
<i>Reinhard Thies</i>	BAG Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit e.V., Diakonisches Werk der EKD e.V., Berlin
<i>Klaus Wermker</i>	Leiter Büro Stadtentwicklung Stadt Essen / Fachkommission Stadtentwicklungsplanung Deutscher Städtetag, Essen
<i>Theresia Wunderlich</i>	Deutscher Caritasverband e.V. (DCV), Leiterin Abteilung Soziales und Gesundheit, Freiburg